

6. Angebote der Kinder- und Jugendhilfe für LSBTIQ* verbessern und Entscheidungsträger*innen fortbilden

Frage 6.1 Kinder und Jugendliche proaktiv in der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit fördern					
Wie möchten Sie sicherstellen, dass queere Kinder u. Jugendliche ihrer Veranlagung gemäß in den Bereichen Jugendhilfe u. Jugendsozialarbeit durch Entscheidungsträgerinnen proaktiv unterstützt werden?					
CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Den Anspruch auf eine geschlechtersensible und diskriminierungsfreie Pädagogik erheben wir analog zu den Lehrkräften (siehe Antwort zu den Fragen 5.1 bis 5.3) auch bei der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe. Die Fachkräfte werden dadurch befähigt, auf die speziellen Bedürfnisse und Problemstellungen von queeren Kindern und Jugendlichen einzugehen und konkrete Hilfe anzubieten.	Entscheidungsträger*innen sind angehalten Kinder und Jugendliche grundsätzlich proaktiv zu unterstützen. Dies gilt auch für die besonderen Bedarfe von queeren Kindern- und Jugendlichen. Eine neue bundesgesetzliche Regelung im SGB VIII wird auch sie in ihren Rechten stärken. Hier gibt es mit der Zustimmung des Bundestages am 22. April 2021 zum Gesetzentwurf des neuen Kinder- und Jugendhilfe-stärkungs-gesetz (SGB VIII) eine aktuelle Entwicklung. Am 7. Mai wird der Bundesrat diesem Gesetz zustimmen. Auch von uns Grünen erhält das Gesetz Zustimmung. Das Gesetz sieht umfassende Änderungen am SGB VIII vor, um Kinder und Jugendliche in Heimen und Pflegefamilien oder in schwierigen Lebensverhältnissen besser zu schützen und zu unterstützen. So werden Heime und ähnliche Einrichtungen einer strengerer Aufsicht und Kontrolle unter-stellt. Zudem soll die Beteiligung von jungen Menschen soll verbessert werden. Auch die Beschwerde-möglichkeiten für Kinder und Jugendliche in Heimen und Pflegefamilien wurden erweitert. Dies wird LSBTIQ*-Kinder- und Jugendlichen helfen und erleichtert die Arbeit von LSBTIQ*-Beratungs-einrichtungen in ihren Kontakten mit dem Jugendamt erheblich.	Grundsätzlich stehen die Angebote und Hilfen der Kinder- und Jugendhilfe allen Kindern und Jugendlichen zur Verfügung. Das Merkmal der sexuellen Identität darf für den Zugang zu Hilfen keine Rolle spielen. Wie schon seit Jahren existierende geschlechtersensible Angebotsformen der Mädchen- und Jungenarbeit zeigen, entsteht auf diesem Wege ein verstärkter Zugang zum Klientel. Eine passgenauere Ansprache und zielgerichtete Arbeit sind damit oftmals verbunden. Queere Kinder und Jugendliche wurden dabei sehr lange Zeit "vergessen" oder einfach „übersehen“. Auch das will DIE LINKE ändern.	Keine konkrete Antwort.	Gar nicht. Ein solches Vorgehen könnte dazu führen, dass Jugendliche, die ihrer Persönlichkeit und ihren Neigungen noch nicht gefestigt sind, im Sinne abweichender sexueller Neigungen beeinflusst werden.

Frage 6.2 Beratungsstellen der Kinder- und Jugendhilfe für LSBTIQ*-Themen sensibilisieren und diese als Querschnittsaufgabe verankern

a) Wie werden Sie dafür sorgen, dass die bestehenden Beratungsstellen der Kinder- und Jugendhilfe (u.a. Erziehungsberatung) für die Belange von LSBTIQ*-Kindern und -Jugendlichen sensibilisiert und qualifiziert werden?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Siehe Antwort 6.1	Auch die Mitarbeiter*innen bestehender Beratungsstellen der Kinder- und Jugendhilfen müssen entsprechend weitergebildet werden. Einen regelmäßigen Austausch zwischen Beratungsstellen der Kinder- und Jugendhilfe und LSBTIQ*-Fachverbänden erachten wir als hilf-reich, um eventuelle Vorbehalte abzubauen und offene Fragen zu seitens der Mitarbeiter*innen von Beratungsstellen zu beantworten. Kommunen wollen wir ermutigen kommunale LSBTIQ*-Aktionspläne zu entwickeln und darin dauerhaft Weiterbildungsmaßnahmen zur Sensibilisierung von Fachkräften festzuschreiben, wie dies bspw. in der Landeshauptstadt Magdeburg seit 2016 bereits der Fall ist.	Um Sensibilität und Wissen der sozialpädagogischen Fachkräfte im Bereich queeren Lebens zu erweitern, ist der Austausch mit fachlich versierten und erfahrenen Expert*innen unerlässlich.	Keine konkrete Antwort.	Gar nicht.

Frage 6.2 Beratungsstellen der Kinder- und Jugendhilfe für LSBTIQ*-Themen sensibilisieren und diese als Querschnittsaufgabe verankern

b) Wie werden Sie dafür sorgen, dass diese Stellen offensiv dafür werben, dass sie wertschätzende, proaktive Unterstützung bei der individuellen Persönlichkeitsentwicklung von queeren Kindern und Jugendlichen bieten?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Das ist ein stetiger Prozess und gelingt nur über andauernde Sensibilisierung sowie Fortbildungsangebote zu diesem Thema. Den Kolleg*innen in den genannten Behörden und Einrichtungen können dafür externe Ansprechpartner*innen, idealerweise aus Beratungsstellen der Community selbst, an die Seite gestellt werden, die sie bei auftretenden Fragen und Problemen unterstützen und eine Supervision anbieten. Diese Beratungsstellen müssen entsprechend finanziell ausgestattet sein, um dieses Angebot zu ermöglichen.	Zur offensiven Kommunikation von Hilfen für queere Kinder, Jugendliche und deren Angehörige wollen wir die entsprechenden Beratungsstellen ermutigen. Wir hoffen, dass der bereits erwähnte angestrebte Dialog zwischen Beratungsstellen der Kinder- und Jugendhilfe und LSBTIQ*-Fachverbänden dazu beiträgt. Entsprechendes Informationsmaterial muss den Beratungsstellen sowohl für queere Kinder, Jugendliche und deren Angehörige, aber auch für die Mitarbeiter*innen der Beratungsstellen zur Verfügung gestellt und bei Bedarf aktualisiert werden.	Austausch mit fachlich versierten und erfahrenen Expert*innen	Keine konkrete Antwort.	Gar nicht. Ein solches Vorgehen könnte dazu führen, dass Jugendliche, die ihrer Persönlichkeit und ihren Neigungen noch nicht gefestigt sind, im Sinne abweichender sexueller Neigungen beeinflusst werden.

Hintergrund: Die meisten Beratungsstellen der Kinder- und Jugendhilfe im Land Sachsen-Anhalt kommunizieren nicht offensiv, dass sie auch Hilfen für queere Kinder und Jugendliche sowie deren Angehörige bieten. Daher besteht häufig Unkenntnis und Hilflosigkeit darüber, an wen man sich Hilfesuchende wenden können, um LSBTIQ*-wertschätzende Unterstützung zu erhalten.

Frage 6.3 Queere Kinder und Jugendliche vor Diskriminierung durch Behörden und Angestellte schützen

Wie möchten Sie sicherstellen, dass Diskriminierung von queeren Kindern und Jugendlichen durch Angestellte von öffentlichen Einrichtungen (z. B. Jugendamt) oder freien Trägern verhindert wird?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Geschlechtersensibler und diskriminierungsfreier Umgang ist nicht nur Thema in den Jugendämtern, sondern Querschnittsaufgabe der gesamten öffentlichen Verwaltung. Ein erster Schritt zur Beseitigung struktureller Diskriminierung im öffentlichen Dienst stellt für uns die Verwendung geschlechtersensibler und diskriminierungsfreier Sprache in allen öffentlichen Dokumenten dar. Die fortwährende Nutzung und Auseinandersetzung schafft einen Blick für unterschiedliche Identitäten und dient dem Abbau von Vorurteilen. Darüber hinaus sollen mit einem Landes-Antidiskriminierungsgesetz Betroffene in der Wahrnehmung ihrer Rechte gestärkt werden.	Hier zeigt sich, wie sehr ein Landesantidiskriminierungsgesetz vonnöten ist. Auch queere Kinder und Jugendliche sollen durch dieses geschützt werden. Schutz vor Diskriminierung darf keine Frage des Alters sein.	Dies kann im Bereich der Verwaltungen nur über gezielte Bildungs- und Schulungsangebote für die Mitarbeiter*innen gelingen. Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sieht DIE LINKE hier eine Erweiterung des bestehenden Bildungsangebotes des Landesjugendamtes für notwendig an. Auch Qualifizierungsangebote, die indoor angeboten werden, sind hier wichtig und bieten vielen Einrichtungen einen einfacheren Zugang zu Expert*innenwissen.	Keine konkrete Antwort.	Dies kann durch die geltenden Regelungen und die übliche Praxis der Dienstaufsicht sichergestellt werden.

Frage 6.4 LSBTIQ*-sensible betreute Wohneinrichtungen für queere Kinder & Jugendliche schaffen

a) Wie werden Sie die Einrichtung von LSBTIQ*-sensiblen betreuten Wohneinrichtungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe unterstützen und vorantreiben, in denen queere Kinder und Jugendliche aus familiären Problemsituationen ihrer Veranlagung gemäß geschützt untergebracht und durch die dort arbeitenden Betreuer*innen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung proaktiv unterstützt werden?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Noch vor der Einrichtung spezieller Wohneinrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe für queere Jugendliche setzen wir darauf, dass in bestehenden Wohneinrichtungen altersgerecht und diskriminierungsfrei mit LSBTIQ* Kindern und Jugendlichen umgegangen wird. Wir setzen uns deshalb analog zur Aus-, Fort- und Weiterbildung von Pädagog*innen zu Geschlechtersensibilität (s.o.) auch für entsprechende Maßnahmen bei den Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe ein, um eine angemessene Betreuung von queeren Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten.	Die Einrichtung von betreuten Wohnformen für junge LSBTIQ*-Menschen in Wohnungsnot, wie es sie bspw. beim Verein "gleich & gleich e.V." in Berlin gibt, unterstützen wir. Sie geben jungen LSBTIQ*, die aus gestörten Familienkonstellationen kommen ein Zuhause, bieten ein vertrauensvolles und verständnisvolles Umfeld, respektvollen Umgang, Beratung und umfassende Unterstützung im Coming-Out-Prozess, bei der Alltagsbewältigung und Hilfe bei der sexuellen und geschlechtlichen Identitätsfindung, frei von Gewalt, Drogen und Ausgrenzung. Die Finanzierung solcher Wohnformen erfolgt in der Regel über ambulante Angebote der Kinder- und Jugendhilfe gemäß § 30; § 31; § 35 sowie § 34; § 35, § 35a, § 41 und § 53/54 in Verbindung mit § 75.4 des Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII). Über das LSBTIQ*-Aktionsprogramm könnten Maßnahmen ergriffen werden, um die zuständigen Jugendämter dahingehend zu sensibilisieren, um Angebote für in Not geratene LSBTIQ*-Jugendliche zu schaffen.	Die Schaffung von speziellen Angeboten für queere Kinder und Jugendliche unterstützt DIE LINKE ebenso, wie die Erweiterung existierender Hilfen um queere Lebensweisen und -formen. Hierzu zählen auch, aber nicht nur, betreute Wohneinrichtungen, Beratungsstellen und Jugendsozialarbeit.	Keine konkrete Antwort.	Gar nicht. Ein solches Vorgehen könnte dazu führen, dass Jugendliche, die ihrer Persönlichkeit und ihren Neigungen noch nicht gefestigt sind, im Sinne abweichender sexueller Neigungen beeinflusst werden.

Frage 6.4 LSBTIQ*-sensible betreute Wohneinrichtungen für queere Kinder & Jugendliche schaffen

b) Wie werden Sie die Expertise von Initiativen und Einrichtungen anderer Bundesländer berücksichtigen, wenn es in Sachsen-Anhalt keine geeigneten Angebote gibt?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Das Heranziehen externer Expertise aus anderen Bundesländern kann im Einzelfall sinnvoll sein.	Das sprichwörtliche Rad muss nicht immer neu erfunden werden. Bereits bestehende Erfahrungen aus anderen Bundesländern sollten bei der Etablierung von Angeboten berücksichtigt werden. Wir wollen dies bei der Maßnahme im LSBTIQ*-Aktionsprogramm mit berücksichtigen.	Im gesamten Angebotspektrum der Kinder- und Jugendhilfe müssen sich queere Kinder und Jugendliche wiederfinden können. Auch darüber hinaus herrscht Handlungsbedarf. So ist derzeit für das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe ein Arbeiten entlang der Lebensverlaufsperspektive nicht oder nur äußerst eingeschränkt möglich. Die Berücksichtigung queerer Kinder und Jugendlicher in Bereichen außerhalb der Jugendhilfe, wie Schule und Ausbildung, ist damit nicht gegeben. Auch das will DIE LINKE ändern. Um Sensibilität und Wissen der sozialpädagogischen Fachkräfte im Bereich queeren Lebens zu erweitern, ist der Austausch mit fachlich versierten und erfahrenen Expert*innen unerlässlich.	Keine konkrete Antwort.	Gar nicht.

Frage 6.5 Bundesjugendhilfestatistik und Statistik der Kinder und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt an Personenstandsgesetz anpassen

Werden Sie dafür sorgen, dass die Bundesjugendhilfestatistik sowie die Kinder- und Jugendhilfe-Statistik Sachsen-Anhalt hinsichtlich der Option „divers“ gemäß Personenstandsgesetz ergänzt wird?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Eine Ergänzung der Statistiken um die Option „divers“, gehört zu unserer Forderung nach geschlechtersensibler und diskriminierungsfreier Sprache in allen öffentlichen Dokumenten.	Als Bundesland haben wir nur begrenzte Einflussmöglichkeit auf die Bundesjugendhilfestatistik. Die Ergänzung der Option „divers“ in der Kinder- und Jugendhilfestatistik Sachsen-Anhalt befürworten wir. Möglicherweise entwickelt dies Vorbildwirkung für die Bundesjugendhilfestatistik.	Ja, DIE LINKE unterstützt die Erweiterung der Jugendhilfestatistiken um das Personen-standmerkmal „divers“.	Keine konkrete Antwort.	Nein. Wir wollen – im Gegenteil – die Kategorie „divers“ aus dem Personenstandsgesetz streichen. Das binäre Geschlechterverhältnis bildet einen grundlegenden Rahmen des Menschseins. Es ist deshalb zu respektieren und zu pflegen.

Frage 6.6 Jugendpolitisches Programm des Landes Sachsen-Anhalt überarbeiten und LSBTIQ*-Jugendinteressen durch Beteiligung von queeren Jugendgruppen und Jugendverbänden aus Sachsen-Anhalt abbilden

Hintergrund: Das Jugendpolitische Programm des Landes Sachsen-Anhalt greift LSBTIQ*-Jugendthemen und Interessen sehr unzureichend auf. Das liegt daran, dass das zuständige Sozial- und Gesundheitsministerium Sachsens-Anhalts LSBTIQ*-Organisationen und LSBTIQ*-Jugendgruppen und Jugendverbände in den Erstellungsprozess nicht eingebunden hat

a) Werden Sie dafür sorgen, dass das am 12.01.2021 von der Landesregierung Sachsen-Anhalt veröffentlichte „Jugendpolitische Programm des Landes Sachsen-Anhalt“ zeitnah überarbeitet wird, um die Interessen von LSBTIQ*-Jugendlichen umfangreich mit zu berücksichtigen?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Der Überarbeitung des Jugendpolitischen Programmes sowie einer Beteiligung von Fachstellen und queeren Jugendverbänden an der Überarbeitung stehen wir offen gegenüber.	Im Bereich der Interessen von LSBTIQ*-Jugendlichen weist das „Jugendpolitische Programm des Landes Sachsen-Anhalts“ Leerstellen auf. Daher streben wir die zeitnahe Überarbeitung des Programms an.	DIE LINKE setzt sich für eine zeitnahe Überarbeitung des „Jugendpolitischen Programms des Landes Sachsen-Anhalt“ ein, damit die Interessen der LSBTIQ*-Jugendlichen entsprechend berücksichtigt werden.	Ob eine Weitung des jugendpolitischen Programms Sachsen Anhalt erforderlich ist, um die Interessen von LSBTIQ* Jugendlichen umfangreich zu berücksichtigen oder ob dies im Rahmen einer Aktualisierung des Aktionsprogramms erfolgen soll, werden wir prüfen.	Nein.

Frage 6.6 Jugendpolitisches Programm des Landes Sachsen-Anhalt überarbeiten und LSBTIQ*-Jugendinteressen durch Beteiligung von queeren Jugendgruppen und Jugendverbänden aus Sachsen-Anhalt abbilden

Hintergrund: Das Jugendpolitische Programm des Landes Sachsen-Anhalt greift LSBTIQ*-Jugendthemen und Interessen sehr unzureichend auf. Das liegt daran, dass das zuständige Sozial- und Gesundheitsministerium Sachsen-Anhalts LSBTIQ*-Organisationen und LSBTIQ*-Jugendgruppen und Jugendverbände in den Erstellungsprozess nicht eingebunden hat.

- b) Werden Sie dafür sorgen, dass bei der Überarbeitung des Jugendpolitischen Programms des Landes Sachsen-Anhalt die folgenden Jugend-Organisationen und Gruppen mit eingebunden werden:
- Jugendnetzwerk Lambda Mitteldeutschland Mitteldeutschland e.V.
 - QUEERBEET – Lambda Jugendgruppe in Wittenberg
 - Queer & Young (QAY) – Die Jugendorganisation vom LSVD Sachsen-Anhalt e.V.
 - „Jugendgruppe Queerulanten“ des BBZ „Lebensart“ e.V.
 - QUE(E)R_EINSTEIGEN – Arbeitskreis Studierendenrat Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
 - Queer Campus - Das LGBTQI* Referat des StuRa der Uni Magdeburg (vormals „DykeAndGay“)

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Da die Zusammensetzung der Verbandslandschaft und der Gruppen engagierter Personen jedoch stets einem Wandel unterliegen kann, wie die aktuellen Prozesse um die Gründung einer neuen queeren Hochschulgruppe an der OVGU zeigen, präferieren wir dabei die Einbindung aller mitwirkungswilligen Verbände und Gruppen, ohne hier bereits jetzt eine finale Auswahl festzulegen.	Die Beteiligung von Jugendorganisationen und -gruppen bei der Überarbeitung des Programms ist für uns zentral für eine qualitative Weiterentwicklung des Programms.	Hierbei sollen selbstverständlich Vertreter*innen der benannten Jugendgruppen beteiligt werden, da nur ein auf die Lebensrealität der jungen Menschen abgestimmtes Programm am Ende echte Wirkung entfalten kann.	Die fachliche Expertise von im Land arbeitenden Verbänden und Vereinen einzubeziehen ist aus unserer Sicht grundsätzlich sinnvoll. Dies werden die Freien Demokraten im Landtag von Sachsen Anhalt unterstützen.	Nein.

Frage 6.6 Jugendpolitisches Programm des Landes Sachsen-Anhalt überarbeiten und LSBTIQ*-Jugendinteressen durch Beteiligung von queeren Jugendgruppen und Jugendverbänden aus Sachsen-Anhalt abbilden

Hintergrund: Das Jugendpolitische Programm des Landes Sachsen-Anhalt greift LSBTIQ*-Jugendthemen und Interessen sehr unzureichend auf. Das liegt daran, dass das zuständige Sozial- und Gesundheitsministerium Sachsens-Anhalts LSBTIQ*-Organisationen und LSBTIQ*-Jugendgruppen und Jugendverbände in den Erstellungsprozess nicht eingebunden hat.

c) Werden Sie dafür sorgen, dass LSBTIQ*-spezifische Fachexpertise ergänzend zur Beteiligung durch die queeren Jugendgruppen und Jugendorganisationen durch Einbeziehung der folgenden Fachstellen ermöglicht wird:

- LSBTI*-Landeskoordinierungsstelle Sachsen-Anhalt Nord des LSVD Sachsen-Anhalt e.V.
- LSBTI*-Landeskoordinierungsstelle Sachsen-Anhalt Süd des BBZ „lebensart“ e.V.
- Kompetenzzentrum für Geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt (KGKJH)

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Wir werden auch klären, warum der Einbezug der Landeskoordinierungsstellen sowie des KGKJH bisher nicht erfolgte.	Die Arbeit und Expertise der genannten Fachstellen schätzen wir als überaus wertvoll für LSBTIQ* in Sachsen-Anhalt ein. Wir meinen, dass die Fachkenntnis der Fachstellen ergänzend zu den queeren Jugendorganisationen und -gruppen das „Jugendpolitische Programm des Landes Sachsen-Anhalt“ qualitativ aufwerten wird.	Hierbei sollen selbstverständlich auch Expert*innen der LSBTI*-Landeskoordinierungsstellen des Landes Sachsen-Anhalt (Nord und Süd) und des KgKJH beteiligt werden.	Die fachliche Expertise von im Land arbeitenden Verbänden und Vereinen einzubeziehen ist aus unserer Sicht grundsätzlich sinnvoll. Dies werden die Freien Demokraten im Landtag von Sachsen Anhalt unterstützen.	Nein.